

CSU-Arbeitnehmer fordern Reform des Kassensystems

MÜNCHEN. Ausgehend von der Neudefinition des Solidaritätsprinzips, wie sie im Gesundheits-Reformgesetz enthalten ist, hat die Arbeitnehmer-Union (CSA) der Christlich-Sozialen Union einen Forderungskatalog zur Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgestellt. Ihr Landesausschuß reklamierte in dieser Frage „dringenden politischen Handlungsbedarf“ und wies der Strukturreform auf einer Arbeitstagung in Ansbach vorrangig die Aufgabe zu, innerhalb der GKV dem Wettbewerb mehr Raum zu geben.

Das gegliederte Kassensystem will die CSA beibehalten, die Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten dagegen beseitigt wissen. Mitglieder von Ortskrankenkassen sollen das Recht haben, in eine Ersatzkasse überzuwechseln. Bei Gründung einer Betriebs- oder Innungskassen sollen sie in der AOK verbleiben können. Unterschiedliche Beitragssätze sollen innerhalb der Kassensorten abgebaut beziehungsweise angeglichen werden, damit die strukturell bedingte Ungleichbehandlung nicht länger auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen werden kann. KG

Tierschutzgedanke im Grundgesetz nicht angebracht

DARMSTADT. Die Deutsche Gesellschaft für Pharmakologie und Toxikologie (DGPT) hält nach eigenen Angaben die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz oder die Einfügung eines Gesetzesvorbehaltes für die Einschränkung der Forschung aus Tierschutzgründen nicht für angemessen. Bereits heu-

te würden an die ethische Vertretbarkeit der tierexperimentellen Forschungsvorgaben hohe Anforderungen gestellt und deren Darlegung durch unabhängige Kommissionen erörtert und abgewogen. Weitere Einschränkungen von Forschungsmöglichkeiten würden die Entwicklung der Biowissenschaften irreversibel schädigen sowie einem Fortschritt in der Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit des Menschen generell zuwiderlaufen.

Eine Auslagerung von Forschungsaktivitäten in der biomedizinischen und sonstigen naturwissenschaftlichen Forschung aus Deutschland wäre die zwangsläufige Folge, mit erheblichen Auswirkungen nicht nur in bezug auf die langfristige ökonomische Gesamtsituation in der Bundesrepublik, sondern auch im Hinblick auf den Standard deutscher biomedizinischer Forschung in der Welt. WZ

Spendenbitte

Die 13jährige Zorica Nanova kam vor etwa zwei Monaten aus Mazedonien/Jugoslawien nach Johannesbad im Riesengebirge (Böhmen), um dort an einer Ausartung der Rückgrats-Erkrankung Scoliose behandelt zu werden. Damit die Operation langfristig ihren Erfolg behält, benötigt der Diözesan-Caritasverband Königgrätz zur Abdeckung der Kosten 10 000 DM. Der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. bittet um Spenden unter dem Stichwort „Zorica“ auf das Konto: Postgiro Köln 707-500 (BLZ 370 100 50). EB

Die Redaktion des Deutschen Arzteblattes kann keine Verantwortung für die Angaben übernehmen, da sie auf Informationen der genannten Organisationen beruhen.

Europa-Parlament lehnt Legalisierung von Drogen ab

STRASSBURG. Das Europa-Parlament in Straßburg hat sich gegen jede Form einer Legalisierung von Drogen ausgesprochen. Eine solche Maßnahme wäre keine „geeignete Lösung“, hieß es in einer mit knapper Mehrheit angenommenen Entschliebung. Nicht zuletzt im Hinblick auf die bis Anfang 1993 geplante Abschaffung der Binnengrenzen in der EG müsse das derzeit geltende generelle Verbot für den Drogenhandel beibehalten werden.

Die Mehrheit der Abgeordneten des Europa-Parlaments lehnte damit den Vorschlag eines im vergangenen Jahr eingerichteten Untersuchungsausschusses ab, den Konsum von „weichen Drogen“ zu „normalisieren“. Die Strafverfolgung solle sich auf Drogenhandel und Geldwäsche konzentrieren und die Süchtigen eher als Opfer denn als Täter behandeln, heißt es in dem Bericht des Untersuchungsausschusses. afp

Verbesserung der Gesundheitsbetreuung in Österreich geplant

WIEN. Die Gesundheitsbetreuung durch niedergelassene Ärzte muß endlich verbessert werden. Das forderte der Präsident der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK), Prim. Dr. Michael Neumann, nach einem Gipfelgespräch auf parlamentarischer Ebene.

Wie der Sozialsprecher der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Dr. Gottfried Feuerstein, ÖVP-Gesundheitssprecher Dr. Günther Leiner und der Vizepräsident des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, Dr. Martin Mayr, gegenüber dem ÖÄK-Präsidenten erklärten, stün-

den für die Optimierung der wohnortnahen und patientenorientierten Gesundheitsbetreuung rund 1,2 Milliarden Schilling aus der jüngsten Beitragserhöhung der sozialen Krankenversicherung zur Verfügung. Der überwiegende Teil müsse dabei den niedergelassenen Ärzten zugute kommen.

Dazu Neumann: „Die Gesprächspartner stimmten in der Ansicht überein, daß die Mehreinnahmen der Krankenversicherungen nicht allein der Abdeckung der Spitalsdefizite dienen dürfen. Die Hauptlast der Patientenversorgung haben die Ärzte zu tragen. Mehrbelastungen müssen daher auch abgegolten werden.“ Diese Vorgehensweise entspreche im übrigen auch der Regierungserklärung, so der Ärztekammerpräsident. apm

In Japan immer noch keine „Pille“

TOKYO. Zu der eigentlich in Kürze erwarteten Zulassung oraler Kontrazeptiva durch das Gesundheitsministerium wird es – nach Agenturberichten aus Japan – nun wohl doch nicht kommen. Die Angst vor AIDS ist schuld: Die „Pille“ mache das Kondom überflüssig und unterlaufe damit den wirksamsten Schutz vor AIDS, meinen die Behörden.

Lange hatte man geglaubt, daß die Insellage des Kaiserreichs und die strengen Einwanderungsrestriktionen AIDS hintanhalten könnten. Offiziell sind 2500 Infizierte gemeldet; man rechnet aber inzwischen mit einer Dunkelziffer von rund 20 000. Eine paradoxe Einstellung der Japaner spielt dabei eine Rolle: Zwar ist zu Hause die Benutzung von Kondomen weit verbreitet, aber auf Auslandsreisen läßt man es gern weg. Zur hohen Dunkelziffer trägt aber auch die Tatsache bei, daß nur sehr beschränkt Testmöglichkeiten zur Verfügung stehen. bt